

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXII
Literaturverzeichnis	XXVIII
1. Teil	
§ 1 Einleitung: Bedeutung der Sicherheiten-Gläubiger für das Insolvenzverfahren	1
2. Teil	
§ 2 Überblick über die Stellung der Inhaber Absonderungsrechte begründender dinglicher Sicherheiten nach der gesetzlichen Regelung	7
§ 3 Differenzierte insolvenzrechtliche Behandlung des Eigentumsvorbehalts und seine Ausgestaltungen	38
§ 4 Treugut in der Insolvenz des Treuhänders	67
§ 5 Dogmatische Grundlegung: Sicherheitseigentum und Sicherungszession als besondere sachenrechtliche Typen	75
§ 6 Absonderungsrecht an der eigenen Forderung: Kreditsicherheiten aufgrund vereinbarter Aufrechnungsbefugnis, § 94, 2. Var. InsO	86
§ 7 Stellung von Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer persönlicher Sicherheiten in der Insolvenz des Hauptschuldners	92
§ 8 Rechtsstellung dinglich berechtigter Gläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren	103
§ 9 Legislatorische Zielvorgaben als Prüfstein	107
§ 10 Prüfung der Wirksamkeit der absonderungsrechtsbegründenden Rechtslage durch den Insolvenzverwalter	117
§ 11 Konkurrierende Sicherheiten	151
3. Teil	
§ 12 Verwertung von Absonderungsgut im eröffneten Insolvenzverfahren vor dem Beschluss der Gläubigerversammlung nach § 157 InsO	163
§ 13 Rechtsprobleme der Verwertung von Absonderungsgut im Eröffnungsverfahren	167
§ 14 Vorteile und Kompetenzen der Mobiliarpfandgläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren	181
§ 15 Berechtigung des absonderungsberechtigten Gläubigers zur Stellung eines Fremdantrages	195
§ 16 Verfahrensmäßige Form der Teilnahme gesicherter Gläubiger am Insolvenzverfahren	200
§ 17 Teilnahme absonderungsberechtigter Gläubiger an der Gläubiger selbstverwaltung	208
§ 18 Prozessuale Durchsetzung des Absonderungsrechts gegen die Masse bei Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters	210
§ 19 Herausgabe und Verwertung von Sachen, an denen der Gläubiger ein Pfändungspfandrecht erlangt hat	230
§ 20 Duldungsklagen	237
§ 21 Recht des Mobiliarpfandgläubigers auf Erhalt der Pfandsache und Sicherung seines Erlösanteils	238
§ 22 Verfahrenskostenbeiträge, §§ 170, 171 InsO	256

Inhaltsübersicht

§ 23 Haftung des Insolvenzverwalters wegen Verletzungen des Rechts von Absonderungsberechtigten	281
§ 24 Besitz und Besitzschutz.	288
§ 25 Rechtsstellung, besonders Klagen und Rechtsbehelfe des Immobilienpfandgläubigers	294
§ 26 „Pools“	323
§ 27 Finanzierungswangsbeträge für Betriebsfortführung und Sanierung durch die absonderungsberechtigten Gläubiger und deren Rechte.	338
§ 28 Berücksichtigung absonderungsberechtigter Gläubiger bei der Abschlags- und der Schlussverteilung	361
4. Teil	
§ 29 Verwertungsbefugnis des Schuldners im Falle der Anordnung seiner Eigenverwaltung.	365
5. Teil	
§ 30 Dingliche Rechte in grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren	369

Inhaltsverzeichnis

1. Teil

§ 1 Einleitung: Bedeutung der Sicherheiten-Gläubiger für das Insolvenzverfahren	1
I. Faktischer Einfluss der gesicherten Gläubiger auf das über das Vermögen des Sicherungsgebers eröffnete Insolvenzverfahren	1
II. Insolvenz des Sicherungsgebers als Prüfstein der Sicherungsrechte	2
1. Insolvenz als Sicherungsfall	2
2. Veränderungen durch die Insolvenzordnung	2
3. Gang der Darstellung	3

2. Teil

§ 2 Überblick über die Stellung der Inhaber Absonderungsrechte begründender dinglicher Sicherheiten nach der gesetzlichen Regelung	7
I. Bruch mit § 127 Abs. 2 KO: Zwang zur differenzierenden Betrachtung der dinglich berechtigten Gläubiger	7
II. Teilnahme der absonderungsberechtigten Gläubiger am Verfahren mit dem vollen Wert der gesicherten Forderung	7
III. Grundpfandgläubiger	8
1. § 49 InsO	8
2. Vorrecht der Wohnungseigentümergemeinschaft in der Zwangsversteigerung des Wohnungseigentums eines Wohnungseigentümers nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 ZVG	9
IV. Inhaber besitzloser Mobiliarsicherheiten	10
1. Ausschließliches Verwertungsrecht des Insolvenzverwalters	10
2. Besitzlagen: unmittelbarer und mittelbarer Besitz	11
3. Hinterlegungsfälle	12
4. Anspruch des Absonderungsberechtigten auf Erlös-ausschüttung nach den §§ 170, 171 InsO	13
5. Pflichten des Insolvenzverwalters	14
6. Doppelumsatztheorie	15
7. Vermieter- und Verpächterpfandrecht	16
8. Pfändungspfandrecht	18
V. Besitz des absonderungsberechtigten Gläubigers an der Sache	19
1. Vertragspfandrecht	19
2. Besitz des Sicherungseigentümers	20
VI. Sicherungszessionen	20
1. Einziehungs- und Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters in dem über das Vermögen des Zedenten eröffneten Insolvenzverfahren	20
2. Adressat der Leistung des Drittschuldners	21
3. Judikatur zur befreienden Wirkung der Leistung des Drittschuldners	24

Inhaltsverzeichnis

4.	Beschränkte Rechtsübertragung oder beschränkte Rechtsausübung?	27
5.	Folgen für die Rechte von Zedent, vorläufigem Verwalter, Insolvenzverwalter und Zessionar	30
6.	Risiken der Kreditierung der Betriebsfortführung	31
7.	Rechtslage bei Pfändung und Verpfändung der Forderung	32
8.	Behandlung bereicherungsrechtlicher Ansprüche des Sicherungszessionars wegen vorkonkurslicher Forderungseinziehung durch Dritte.	33
VII.	Ersatzaus- und Ersatzabsonderung	33
VIII.	Eigenverwaltung des Schuldners	35
IX.	Verbraucher- bzw. Kleininsolvenzverfahren.	35
X.	Besicherte Massekredite.	36
XI.	Besicherte Gesellschafterdarlehen	36
1.	Rechtslage vor dem MoMiG	36
2.	Rechtslage nach Inkrafttreten des MoMiG	36
XII.	Besondere Absonderungsrechte	37
1.	Versicherungsrechtlicher Ersatzanspruch in der Insolvenz des Versicherten	37
2.	Verwendungen	37
3.	Frachtführerpfandrecht.	37
§ 3	Differenzierte insolvenzrechtliche Behandlung des Eigentumsvorbehalts und seine Ausgestaltungen	38
I.	Sonderfall des einfachen Eigentumsvorbehalts: Vorbehaltsverkäufer im Falle einfachen Eigentumsvorbehalts.	38
II.	Erwerb der Eigentümerstellung durch die den Eigentumsvorbehaltskauf finanziierende Bank oder Absonderungsrecht als Sicherungseigentümerin.	39
1.	Rechtsprechung des BGH	39
2.	Haftungsrechtlicher Unterschied von Aus- und Absonderungsrecht	42
3.	Verfassungsrechtliche Fragen der Gewährung von Aussonderungsrechten	42
4.	Insolvenzrechtliche Behandlung des Eigentumsvorbehalts als Kreditsicherungsmittel	45
III.	Vinkulierung des Eigentumsvorbehaltsgutes an die Masse in dem über das Vermögen des Käufers eröffneten Insolvenzverfahren	48
1.	Regelungsgehalt des § 107 Abs. 2 InsO.	48
2.	Verfahrensrechtliche Stellung des Eigentumsvorbehaltsverkäufers	50
3.	Erfüllungswahl und gesetzlich angeordneter Schwbezustand.	50
IV.	Verwendungsersatzansprüche der Masse gegen den Aussonderungsberechtigten – Eigentümer-Besitzer-Verhältnis im Insolvenzverfahren	52
V.	Verlängerter und erweiterter Eigentumsvorbehalt als Formen des Sicherungseigentums iSv §§ 51 Nr. 1, 166 Abs. 1 InsO	64
VI.	Schematische Übersicht über Absonderungsrechte	66
§ 4	Treugut in der Insolvenz des Treuhalters	67
I.	Insolvenz des Sicherungsnehmers	67

1.	Aussonderungsrecht des Treugebers	67
2.	Aussonderungsrecht des Sicherungsgebers in der Insolvenz des Sicherungsnehmers (Sicherungseigentümers)	68
II.	Fallgruppen	68
1.	Schuldrechtliche Treuhandabreden ohne dingliche Befestigung	68
2.	Treuhandkonten	71
3.	Wohnungseigentumsgemeinschaften	72
4.	Aussonderungskraft des Anfechtungsanspruchs	72
5.	Bürgschaften	73
§ 5	Dogmatische Grundlegung: Sicherheitseigentum und Sicherungszession als besondere sachenrechtliche Typen	75
I.	Greift die InsO in das Volleigentum des Sicherungseigentümers ein oder gestaltet sie ein besitzloses Mobilienpfandrecht aus?	77
II.	Sicherungsabrede und Sicherungseigentum	78
1.	Sicherungseigentum als Volleigentum?	78
2.	Dingliche Reflexe der schuldrechtlichen Sicherungsabrede	80
3.	Sicherungseigentum in der Zwangsvollstreckung	81
4.	Ungleichbehandlung von Zwangsvollstreckung und Insolvenzverfahren	83
5.	Folgerungen	84
III.	Sicherungszession als Typus	84
§ 6	Aussonderungsrecht an der eigenen Forderung: Kreditsicherheiten aufgrund vereinbarter Aufrechnungsbefugnis, § 94, 2. Var. InsO	86
I.	Problemstellung	86
II.	Konzernverrechnungsklauseln	87
III.	Verrechnung im Kontokorrent	89
§ 7	Stellung von Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer persönlicher Sicherheiten in der Insolvenz des Hauptschuldners	92
I.	Arten persönlicher Sicherheiten	92
II.	Stellung von Gesamtschuldner und Bürgen in der Insolvenz des Hauptschuldners	92
1.	Doppelanmeldungsverbot	92
2.	Rechtliches Gehör des Bürgen	93
3.	Insolvenz des Hauptschuldners als Grund der Eintrittspflicht des Bürgen	93
4.	Ausschluss der Einrede der Vorausklage des Bürgen in der Insolvenz des Hauptschuldners	94
5.	Betreiben der Zwangsvollstreckung gegen den Hauptschuldner durch den Bürgschaftsnehmer/Grundpfandgläubiger	94
III.	Konkurrenz von Bürgschaft und dinglichen Sicherheiten in dem über das Vermögen des Hauptschuldners eröffneten Insolvenzverfahren	95
1.	Konkurrenz außerhalb des Insolvenzverfahrens	95
2.	Einfluss des Insolvenzverfahrens auf das Verhältnis von Bürgen und dinglich gesicherten Gläubiger	96
3.	Haftungsrisiken des Insolvenzverwalters	100

Inhaltsverzeichnis

IV.	Exkurs: Wirksamkeit der vom Insolvenzschuldner einem Dritten bestellte Bürgschaft	101
1.	Form und Inhalt der Bürgschaft.	102
2.	Insolvenz der natürlichen Person als Bürge	103
§ 8	Rechtsstellung dinglich berechtigter Gläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren.	103
I.	Verfahrensrechtliche Wirkungen materiellrechtlicher Unterschiede der Rechtspositionen der Absonderungsberichtigten	103
II.	Beispiel	105
III.	Konsignationsverträge	106
§ 9	Legislatorische Zielvorgaben als Prüfstein	107
I.	Fragestellung	107
II.	Verteilungsgerechtigkeit und Gläubigergleichbehandlung	107
III.	Gläubigergleichbehandlung	109
IV.	Erhöhung der Quote eröffneter Verfahren	110
1.	Begrenzung der kostendeckenden Masse auf die Massekosten i. S. v. § 54 InsO	110
2.	Pflicht des Insolvenzverwalters zur Masseverwertung im masseunzulänglichen Verfahren	112
3.	Haftungsprobleme	113
§ 10	Prüfung der Wirksamkeit der absonderungsrechtsbegründenden Rechtslage durch den Insolvenzverwalter.	117
I.	Problemstellung	117
II.	Kreditsicherungsverträge	118
1.	Globalverträge	118
2.	Zessionsverbote.	124
3.	Einzelübertragungen	124
4.	Sachenrechtliche Bestimmtheit	125
5.	Allgemeine Einwendungen des Insolvenzverwalters	128
6.	Sicherungsübereignung von Sachgesamtheiten	129
III.	Pfandrechtserwerb vom Nichtberechtigten	130
IV.	Fehlerquellen beim einfachen Eigentumsvorbehalt	131
1.	Widersprechende Erklärungen von Verkäufer und Käufer (Insolvenzschuldner)	131
2.	Veräußerungsketten	132
3.	Konzernvorbehalt	132
4.	Verbindung, Vermischung, Verarbeitung	132
V.	Insolvenzanfechtung der Bestellung von Sicherheiten	133
1.	Gläubigerbenachteiligung durch Sicherheitenbestellung in der Krise	133
2.	Inkongruente Deckung	133
3.	Verrechnung von Zahlung auf sicherungsedierte Forderungen	137
4.	Erwerb von Sicherungseigentum an eingereichten Schecks nach Nr. 15 AGB-BK	137
5.	Anfechtbarkeit des Sicherungserwerbs von Forderungen wegen Unbestimmtheit der Globalzession? .	138
6.	Keine Vorverlagerung der Eröffnungswirkungen: § 91 Abs. 1 InsO und Anfechtung des Erwerbs von Pfandrechten.	139

7.	Inkongruenz der Sicherung aus Vertragspfandrechten an künftig entstehenden Forderungen	143
8.	Austausch von Sicherheiten	144
9.	Verrechnung von Gutschriften mit dem Schuld-saldo des Kontokorrentkontos.	144
VI.	Gesicherte Forderung	149
1.	Valutieren der gesicherten Forderung	149
2.	Reichweite der Sicherung der Forderung – Problem der Forderungszinsen	149
3.	Reichweite der Sicherung der Forderung – das Problem der Kosten	151
§ 11 Konkurrierende Sicherheiten		151
I.	Fragestellung: Geltendmachung konkurrierender Sicherheiten von finanziertender Bank und Lieferanten in der Insolvenz des Sicherungsgebers	152
II.	Konkurrenz von Sicherungsrechten aufgrund typischer Klauseln von Darlehensgebern und Lieferanten	152
1.	Eigentumsvorbehaltsklauseln	152
2.	Globalsicherungszession und globale antizipierte Sicherungsübereignung	153
III.	Normallfall	154
1.	Eigentum der Lieferanten	154
2.	Beweislast	155
3.	Beweislage des einzelnen Eigentumsvorbehaltliefe-ranten	155
4.	Aussonderung durch Miteigentumsgemeinschaft der Eigentumsvorbehaltlieferanten	156
5.	Rechtsfolgen des Miteigentums des Schuldners	156
IV.	Zeitpunkt des Erwerbs von Sicherungseigentum im Falle konkurrierender Lieferanten- und Raumsicherungsklau-seln	157
1.	Abhängigkeit des Erwerbs des Sicherungseigentums vom Eigentumserwerb durch den Schuldner	157
2.	Judikatur des früheren VIII. Zivilsenats des BGH zu den Vorgängen und zur Dogmatik des Erwerbs des Sicherungseigentums	157
3.	Zeitpunkt des Erwerbs eines publizitätslosen Pfand-rechts aufgrund antizipierter Globalzession im Falle konkurrierender Lieferanten- und Raumsiche- rungsklauseln	159
4.	Auswirkung der Eigentumsvermutung des § 1006 Abs. 1, Abs. 2 BGB auf die Beweislage der Bank	160
V.	Statt Bevorteilung einzelner Gläubiger entgegen der sachen-rechtlichen Lage Befriedigung par condicio creditorum	162
1.	Einwände	162
2.	Verteilungsgerechtigkeit und Verfahrenseffizienz der Berücksichtigung der sachenrechtlichen Lage	162
3. Teil		
§ 12 Verwertung von Absonderungsgut im eröffneten Insolvenzver-fahren vor dem Beschluss der Gläubigerversammlung nach § 157 InsO	163	
I.	Verwertungsbefugnisse im eröffneten Verfahren als Maß-stab der Befugnisse im Eröffnungsverfahren	163

Inhaltsverzeichnis

II.	Eröffnetes Insolvenzverfahren	163
1.	Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	163
2.	Veräußerung von Gegenständen des Umlaufvermögens	166
§ 13	Rechtsprobleme der Verwertung von Absonderungsgut im Eröffnungsverfahren	167
I.	Schutz der Vermögenslage des Schuldners durch vorläufige Anordnungen des Insolvenzgerichts gegen Rechtsausübung der Absonderungsberechtigten	167
1.	Einstweiliges Verbot der Verwertung des Sicherungsgegenstandes durch den gesicherten Gläubiger	167
2.	Geltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Rahmen insolvenzgerichtlicher vorläufiger Anordnungen vor Entmachtung des Schuldners durch Erlass eines Eröffnungsbeschlusses	168
3.	Anordnungen nach § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 InsO	169
II.	Behandlung von Absonderungsrechten im Eröffnungsverfahren ohne Anordnung nach § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO	169
1.	Betriebsfortführung im Eröffnungsverfahren	169
2.	Differenzierung nach Art der vorläufigen Verwaltung und Verwertungsmaßnahme	169
3.	Nutzung und Verbrauch von sicherungsüberragenden Sachen	170
4.	Befugnis zur Einziehung durch den Schuldner sicherungsbedienter Forderungen	171
III.	Liquidität bei der Betriebsfortführung aus der Vereinnahmung von Beträgen aus sicherungsbedienten Forderung	173
1.	Keine Schaffung von Liquidität durch Forderungseinziehung aufgrund vorläufiger Anordnungen nach § 21 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 InsO	173
2.	Lage nach der Entscheidung des BGH im „Mutter-Kind-Kuren“-Fall	174
3.	Bedeutung des Widerrufs der dem Sicherungsgeber erteilten Einziehungsermächtigung durch den Sicherungsnehmer	176
4.	Aufgaben des Insolvenzgerichts und Unternehmensliquidität	180
5.	Nichtigkeit von pauschalen Anordnungen nach § 21 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 InsO	180
§ 14	Vorrechte und Kompetenzen der Mobiliarpfandgläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren	181
I.	„Einbindung“ der dinglich gesicherten Gläubiger in das Insolvenzverfahren und „Unterwerfung“ der Sicherheitengläubiger unter das „Konkursregime“	181
1.	Masse und Substanzwert des Absonderungsgutes	181
2.	Folge: Vorrang der Absonderungsberechtigten	183
II.	Absonderungsberechtigung und Vorrechtsordnung	184
1.	Gesicherte Gläubiger und Aufgabe des neuen Insolvenzverfahrens	184
2.	Ablösung fiskal- und sozialpolitisch begründeter Vorrechte durch insolvenzrechtlich zu respektierende materiellrechtlich begründete Vorrechtsordnungen	185

3. Vorrechte aufgrund von Absonderungsrechten	187
4. Vorrechte nach § 51 Abs. 4 InsO	189
5. Vorrechte aufgrund versicherungsrechtlich begründeter Absonderungsrechte	194
6. Vorrecht gem. § 32 DepotG	194
§ 15 Berechtigung des absonderungsberechtigten Gläubigers zur Stellung eines Fremdantrages	195
I. Verfahrenseinleitung als elementare Befugnis „der“ Gläubiger	195
1. Funktion der Fremdantragstellung für Gläubiger eines insolventen Schuldners	195
2. Sicherung des Werterhalts gesicherter Gegenstände in einem geordneten Verfahren	196
II. Rechtliches Interesse an der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens	196
1. Bessere Erlösaussichten im Insolvenzverfahren	196
2. Rechtsmissbrauch?	197
3. Judikatur	198
III. Exkurs: Aussonderungsberechtigte Gläubiger	200
§ 16 Verfahrensmäßige Form der Teilnahme gesicherter Gläubiger am Insolvenzverfahren	200
I. Fragestellung	200
1. „Mitteilung“ von Absonderungsrechten des gesicherten Gläubigers an den Insolvenzverwalter	200
2. Rechtliche Qualität der „Mitteilung“	201
3. Anforderungen an die „Mitteilung“ nach § 28 Abs. 2 InsO	202
4. Pflichtenlage des Insolvenzverwalters	203
5. Verhältnis von § 28 Abs. 2 Satz 2 zu § 167 InsO	204
II. Registerrechtliche Publizität von Sachenrechten – nämlich Grundpfandrechten	205
III. Judikatur	206
IV. Funktion der Mitteilung	207
1. Ausschluss deliktischer Schadensersatzansprüche	207
2. Ausschluss der Haftung nach § 61 InsO	207
3. Beeinträchtigung der verfahrensrechtlichen Befugnisse bei unterlassener Mitteilung	208
§ 17 Teilnahme absonderungsberechtigter Gläubiger an der Gläubiger selbstverwaltung	208
I. Fragestellung	208
II. Stimmverbote?	209
1. „Erstickungstod“ der Gläubigerautonomie?	209
2. Bedenken	209
§ 18 Prozessuale Durchsetzung des Absonderungsrechts gegen die Masse bei Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters	210
I. Wirtschaftlicher Hintergrund	210
II. Vollstreckung aus Herausgabettiteln durch den Sicherungsnehmer	211
1. Vollstreckungsverbot wegen der Durchsetzung von Insolvenzforderungen	211
2. Materiell-rechtliche Einwendungen gegen den Herausgabettitel	214

Inhaltsverzeichnis

III.	Herausgabeklagen des Sicherungseigentümers aus dem Sicherungseigentum	217
1.	Fragestellung	217
2.	Rechtsschutzbedürfnis des auf Herausgabe klagenden Sicherungseigentümers	217
3.	Risiken einer Herausgabeklage des Sicherungseigentümers	218
4.	Gesetzliche Inhaltsbestimmung des beschränkt dinglichen Rechts Sicherungseigentum	220
5.	Befugnisse des Sicherungseigentümers außerhalb des Insolvenzverfahrens	221
6.	Herausgabeklage gegen den Schuldner als mittelbaren Besitzer	221
7.	Bedenken gegen die Ablehnung eines dinglichen Herausgabeanspruchs des Sicherungsnehmers gegen die Masse	222
8.	Prozessuale Konsequenzen für die Herausgabeklage	224
IV.	Klagen auf abgesonderte Befriedigung	226
1.	Gegenstand der Klage i. S. v. § 86 Abs. 1 Nr. 2 InsO	226
2.	Leistungsklage auf Zinsen	226
V.	Prozessuale Geltendmachung der sicherungszedierten Forderung	227
1.	Leistungsklage aus der Forderung	227
2.	Ausschließliche Prozessführungsbefugnis des Insolvenzverwalters	227
3.	Abweisung der entgegen § 166 Abs. 2 InsO durch den Sicherungszessionär erhobenen Leistungsklage als mangels Prozessführungsbefugnis unzulässig	227
4.	Streitverkündung gegen den Sicherungszessionär bei Offenlegung der Sicherungszession und durch den Insolvenzverwalter erhobener Leistungsklage	228
5.	Darlegungslast des klagenden Sicherungsnehmers	228
§ 19	Herausgabe und Verwertung von Sachen, an denen der Gläubiger ein Pfändungspfandrecht erlangt hat	230
I.	Absonderungsrecht aufgrund Pfändungspfandrechts	230
1.	Begründung des Pfändungspfandrechts	230
2.	Gewahrsam des Schuldners	231
II.	Fortdauer der Verstrickung vorkonkurslich gepfändeter Sachen nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens?	231
1.	Absonderungsrecht aufgrund Pfändungspfandrechts	231
2.	Antrag des Insolvenzverwalters nach § 825 ZPO?	232
III.	Wirkung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	233
1.	Verwertung gepfändeter Sachen und § 89 Abs. 1 InsO	233
2.	Reichweite des § 80 Abs. 2 Satz 2 InsO	234
3.	Erhalt des Nutzungspotenzials von Pfandsachen im Besitz des Schuldners für die Masse kraft gesetzlicher Anordnung	234
4.	Konkursbeschlag der Pfandsachen im Besitz des Schuldners	235
5.	Rechtsbehelf des Insolvenzverwalters	236
IV.	Zwangsvollstreckungsrechtliche Grenzen	236

§ 20 Duldungsklagen	237
I. Zulässigkeit	237
II. Verwertung des Grundpfandrechts	238
§ 21 Recht des Mobiliarpfandgläubigers auf Erhalt der Pfandsache und Sicherung seines Erlösanteils	238
I. Beschränkung des vorläufigen Rechtsschutzes des Mobiliarpfandgläubigers gegen Nutzung und Verwertung des Sicherungsgutes durch den Insolvenzverwalter	238
1. Keine Sicherung oder Befriedigung von Herausgabeansprüchen des Absonderungsberechtigten im Wege vorläufigen Rechtsschutzes	238
2. Wertverlust des Absonderungsgutes kein Verfügungsgrund	239
II. Sicherung des Pfandgläubigers vor Verderb, Verschleudering oder Wertverlust der Pfandsache	239
1. Rechte des Absonderungsberechtigten nach § 168 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 InsO	239
2. Folgen der Verletzung der Pflichten des Insolvenzverwalters aus § 168 Abs. 1 InsO für die Verfahrenskostenbeiträge	240
3. Mitveräußerung von Absonderungsgut im Rahmen „übertragender Sanierungen“	242
4. Bedeutung der Pflichten des Insolvenzverwalters gegenüber den Absonderungsberechtigten	243
5. Fallgestaltungen	244
6. Öffentliche Versteigerung der sicherungsübereigneten Sache	245
III. Beschwerdewert bei Verwertungsunterlassungsklage	246
1. Rechtsbehelf des absonderungsberechtigten Gläubigers gegen die Verletzung der Pflichten des Insolvenzverwalters aus § 168 InsO	246
2. Streit- und Beschwerdewert	246
IV. Verwertungserlös bei Freigabe nach § 168 Abs. 3 InsO	246
V. Auskunftsansprüche der Absonderungsberechtigten gegen den Insolvenzverwalter	247
1. Gesetzliche Regelung	247
2. Grenzen	248
3. Durchsetzung	249
VI. Masseforderungen des Absonderungsberechtigten auf Zins- und Wertverlustausgleich	249
1. Verzinsung, § 169 InsO: Gesetzliche Regelung	249
2. Umgang und Grenzen der Verzinsungspflicht, Beweislast	251
3. Wertverlustausgleich, § 172 InsO	254
§ 22 Verfahrenskostenbeiträge, §§ 170, 171 InsO	256
I. Funktion der Verfahrenskostenbeiträge	256
1. Kostenverursachungsprinzip	256
2. Grenzen: Die Kosten zur Erhaltung des Absonderungsgutes	257
3. Freigabe gem. § 170 Abs. 2 InsO	258
4. Einbehaltung der Verfahrenskostenbeiträge vom Verwertungserlös und Befriedigung der absonderungsberechtigten Gläubiger	259

Inhaltsverzeichnis

5. Arten und Höhe der gesetzlich zu berücksichtigenden Verfahrenskosten	259
6. Beweislast	261
7. Abweichende Vereinbarungen zwischen Insolvenzverwalter und gesichertem Gläubiger	262
II. Entlastung der Masse von der Umsatzsteuer	262
1. Problembeschreibung	262
2. Ausnahmen	263
3. Gesetzliche Regelung	263
4. Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Gutschriften bei Verwertung durch Sicherungsnehmer	264
III. Konkurrenz verschiedener durch den Gegenstand gesicherter Absonderungsberechtigter	267
IV. Umsatzsteuerpflichtigkeit des Verfahrenskostenbeitrages?	269
V. Verfahrenskostenbeiträge bei ungerechtfertiger Verwertung des Sicherungsgegenstandes durch den Sicherungsnehmer	272
1. Ungerechtfertigte Forderungseinziehung nach Eröffnungsbeschluss	272
2. Forderungseinziehung vor Erlass des Eröffnungsbeschlusses	277
3. Schutz der Befugnis des Insolvenzverwalters zur Verwertung von Absonderungsgut gem. § 166 Abs. 1 InsO	277
VI. Verfahrenskostenbeiträge des Sicherheitengläubiger nach § 21 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 InsO bei Verwertung im Eröffnungsverfahren	279
§ 23 Haftung des Insolvenzverwalters wegen Verletzungen des Rechts von Absonderungsberechtigten	281
I. Insolvenzspezifische Sorgfaltspflichten des Verwalters gegenüber Sicherheitengläubigern	281
1. Grundsatz	281
2. Grund der persönlichen Haftung des Insolvenzverwalters gegenüber Aussonderungsberechtigten	282
3. Grund der persönlichen Haftung des Insolvenzverwalters gegenüber Absonderungsberechtigten	283
4. Grenzen der persönlichen Haftung des Insolvenzverwalters gegenüber gesicherten Gläubigern	283
5. Typische Fallgruppen der persönlichen Haftung des Insolvenzverwalters gegenüber gesicherten Gläubigern	283
II. Haftung bei Verletzung der Pflichten aus § 168 Abs. 1 InsO	283
III. Haftung gegenüber dem Sicherungszessionar für den Bestand der sicherungsbedienten Forderung?	284
1. Judikatur des BGH	284
2. Kritik	286
IV. Haftung gem. § 61 InsO	286
1. Fortführungs- und Verwertungspflichten des Insolvenzverwalters	286
2. Judikatur des BGH zu § 61 InsO	288
§ 24 Besitz und Besitzschutz	288

I.	Possessorische Befugnisse des Insolvenzverwalters	288
1.	Vinkulierung des Sicherungsgutes an das schuldnerische Unternehmen	288
2.	Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb.	289
II.	Fälle der vor Verfahrenseröffnung erfolgten Verwertung des Sicherungsgutes durch den Sicherungsnehmer	290
1.	Vorkonkursliche Verwertung des Sicherungsgutes	290
2.	Feststellungskosten	290
3.	Insolvenzanfechtung.	290
III.	Verwertung des Sicherungsgutes durch den Sicherungsnehmer nach Verfahrenseröffnung.	293
§ 25 Rechtsstellung, besonders Klagen und Rechtsbehelfe des Immobiliarpfandgläubigers	294	
I.	Unterschied zur Stellung der Inhaber von Mobiiliarsicherheiten	294
1.	Befugnisse des Insolvenzverwalters	294
2.	Befriedigung des Absonderungsberechtigten bei frei-händigem Verkauf	297
3.	Zahlung von Lästigkeitsprämien aus der Insolvenzmasse	297
II.	Insolvenzverwalter als Beteiligter des Zwangsversteigerungsverfahrens	301
1.	Eigene Befugnisse des Insolvenzverwalters	301
2.	Verfahrenskostenpauschale	301
3.	Insolvenzrechtliche Bedeutung der Zubehöreigen-schaft von beweglichen Gegenständen.	302
4.	Verfahrensrechtliche Lage aufgrund des Antrags des Insolvenzverwalters	303
5.	Wahrung der Rechte der Gläubiger	305
III.	Verfahrensrechtliche Restriktionen der Rechtsausübung durch die Grundpfandgläubiger	305
1.	Pactum de non executando	305
2.	Ausübung der Absonderungsbefugnis nach dem ZVG	307
3.	Einfluss des Insolvenz- auf das Zwangsvollstre-ckungsverfahren	307
IV.	Regelungen des § 30d ZVG	308
1.	Übersicht	308
2.	Betriebsfortführung	309
3.	§ 765a ZPO	310
V.	Werterhalt der Immobiliarsicherheit	311
1.	Geltung des Erhaltungsgrundsatzes auch bei insol-venzbegründeter Einstellung des ZVG-Verfahrens . .	311
2.	Ausgleichsansprüche nach § 30e ZVG	311
3.	Aufhebung der einstweiligen Einstellung des ZVG-Verfahrens	314
VI.	Zwangsvorwaltung des Grundstücks	314
1.	Nebeneinander von Zwangsvorwaltungs- und Insol-venzverfahren	314
2.	Betriebsfortführung durch den Zwangsvorwalters? .	316
3.	Grundstücksnutzung	316

Inhaltsverzeichnis

§ 26 „Pools“	323
I. Heterogenität der Interessen der Gläubiger eines insolventen Schuldners	323
1. Vom concursus creditorum zur Masseverwertung außerhalb des Insolvenzverfahrens	323
2. Poolbildung als Instrument zur Verbesserung der Verfahrensabwicklung	324
3. Arten und materielle Rechtstruktur von Pools	327
II. Verfahrensrechtliche Stellung eines Gläubigerpools	329
1. Beweiserleichterung zur Durchsetzung wirksam begründeter dinglicher Rechte an Gegenständen der Ist-Masse	329
2. Rechtsformen eines Pools	330
3. Treuhänderischer Charakter des Pools	331
III. Insolvenzrechtliche Grenzen der Poolbildung nach oder vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	332
1. Unwirksamkeit von Verfügungen über das Absonderungsgut nach Verfahrenseröffnung gem. § 91 Abs. 1 InsO	332
2. Judikatur zum Sicherheitenpool	333
3. Anfechtbarkeit von Verfügungen über das Absonderungsgut in der kritischen Zeit vor Verfahrenseröffnung gem. §§ 131 Abs. 1, 132 Abs. 1 Nr. 2 InsO	335
IV. Stellung und Reaktionsmöglichkeiten des Insolvenzverwalters	337
1. Ausgangspunkte der Entscheidungslage des Insolvenzverwalters	337
2. Handlungsmöglichkeiten	337
3. Entscheidungslage des vorläufigen Verwalters	337
§ 27 Finanzierungzwangsbeiträge für Betriebsfortführung und Sanierung durch die absonderungsberechtigten Gläubiger und deren Rechte	338
I. Absonderungsrechte im Insolvenzplanverfahren	338
1. Grundregelung des § 223 InsO	338
2. Bevorrechtigung der Gläubigergruppe gem. § 222 Abs. 1 Nr. 1 InsO iSv § 245 InsO	339
3. Zur Konstitution der Gruppe absonderungsberechtigter Gläubiger gem. § 222 Abs. 1 Nr. 1 InsO	340
4. Absoluter Vorrang dinglich gesicherter Gläubiger vor den ungesicherten Gläubigern	344
II. Teilnahme der Absonderungsberechtigten an der Beschlussfassung über einen Insolvenzplan	347
1. Abstimmung nach Gruppen	347
2. „Betroffenheit“ des absonderungsberechtigten Gläubigers als Voraussetzung seiner Teilnahmeberechtigung	347
III. Erhaltung von dinglichen Sicherheiten gegen Fortführungsbeschlüsse der Gläubigerversammlung	348
1. Allgemeine Bedeutung der absolute priority rule	348
2. Erhaltung dinglicher Sicherheiten und Erhöhung der Insolvenzquote	348

3.	Gemeinsames Interesse der Insolvenzgläubiger und der Grundsatz der Erhaltung der Absonderungs- rechte	349
IV.	Single asset real estate cases	349
1.	Fragestellung	349
2.	Fallbeispiel	351
3.	Schwierigkeiten der Gruppenbildung	353
4.	Bedingungen der Realisierbarkeit eines single asset real estate cases	354
§ 28	Berücksichtigung absonderungsberechtigter Gläubiger bei der Abschlags- und der Schlussverteilung	361
I.	Ausfall	361
II.	Abschlagsverteilung	362
III.	Schlussverteilung	363
4. Teil		
§ 29	Verwertungsbefugnis des Schuldners im Falle der Anordnung seiner Eigenverwaltung	365
I.	Gesetzliche Regelung der Verwertungsbefugnis des Insol- venschuldners nach den §§ 282 Abs. 1 Satz 1, 165 ff. InsO	365
II.	Teleologische Reduktion der §§ 282 Abs. 1 Satz 1, 165 ff. InsO?	366
5. Teil		
§ 30	Dingliche Rechte in grenzüberschreitenden Insolvenz- verfahren	369
I.	Deutsches autonomes internationales Insolvenzrecht	369
1.	Mobiliarsicherheiten	369
2.	Immobiliarsicherheiten	370
II.	Europäisches internationales Insolvenzrecht: Die Rege- lungen der Art. 5 ff. EurInsVO	370
1.	Rechte des Belegenheitsstaates	370
2.	Europäische internationale Befugnisse des Verwal- ters des Hauptinsolvenzverfahrens	372
3.	Verwertung von Sicherungsgegenständen in Sekun- därinsolvenzverfahren	373
4.	Insolvenzanfechtung	374
5.	Reichweite des Art. 5 EurInsVO	375
6.	Eigentumsvorbehalt	376
7.	Grundpfandrechte	379
	Stichwortverzeichnis	383